



96 kommt nicht weiter

Schlechte Leistung bei 1:3-Pleite gegen Jahn Regensburg
Seite 13

THEMEN DES TAGES

HANNOVER Familie lebt seit Monaten mit Wasserschaden

Eine Familie aus Hannover-Leinhausen muss seit Juni mit einem Wasserschaden in der Wohnung zurechtkommen. In ihrem Wohnzimmer sind die Wände durchnässt, auch der Keller ist betroffen. Die Vermieterfirma Vonovia bedauert den Zustand und gelobt Besserung. Seite 8

Viele Kinder sind mit Infekten in Behandlung

Ungewöhnlich viele kleine Mädchen und Jungen müssen aktuell mit Atemwegserkrankungen behandelt werden. Die Krankenhäuser in Hannover sprechen aber nicht von einer Überbelegung. Angespannt ist die Situation gleichwohl in mancher Arztpraxis. Seite 8

NIEDERSACHSEN Niedersachsen will Stau bei Fahrprüfungen auflösen

Die Wartezeiten auf Führerscheinprüfungen sollen verkürzt werden. Das Wirtschaftsministerium hat dem zuständigen TÜV Nord eine Ausnahmegenehmigung erteilt, um mehr Personal aus anderen Bereichen einzusetzen. Seite 5

WIRTSCHAFT IG BCE fordert Klarheit von Bundesregierung

Im HCC in Hannover hat am Sonntag der Kongress der Industriegewerkschaft IG BCE begonnen. Zum Auftakt forderte der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis vom Bund, Klarheit beim Thema Energiewende zu schaffen. Seite 12

SPORT VfL Wolfsburg entlässt Trainer Mark van Bommel

Das Kapitel Mark van Bommel ist beendet: Der VfL Wolfsburg hat sich überraschend schnell und als erster Fußball-Bundesligist in dieser Saison von seinem Trainer getrennt. Der VfL blieb zuletzt acht Pflichtspiele in Serie sieglos. Seite 16

WETTER



Wirtschaft	12	Medien	21
Täglich (fast) alles	20	Fernsehprogramm	22
Wetter	21	Rätsel	23

Hannoversche Allgemeine HAZ
HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1893

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01*
Kleinanz. Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02*
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10*
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04*



Fragen in Hannover unerwünscht

Der Arm von Chinas Parteichef Xi Jinping reicht weit: Die Lesung aus einer Biografie des Machthabers an der Uni Hannover ist abgesagt – Zensur auf Druck Pekings? Seite 7

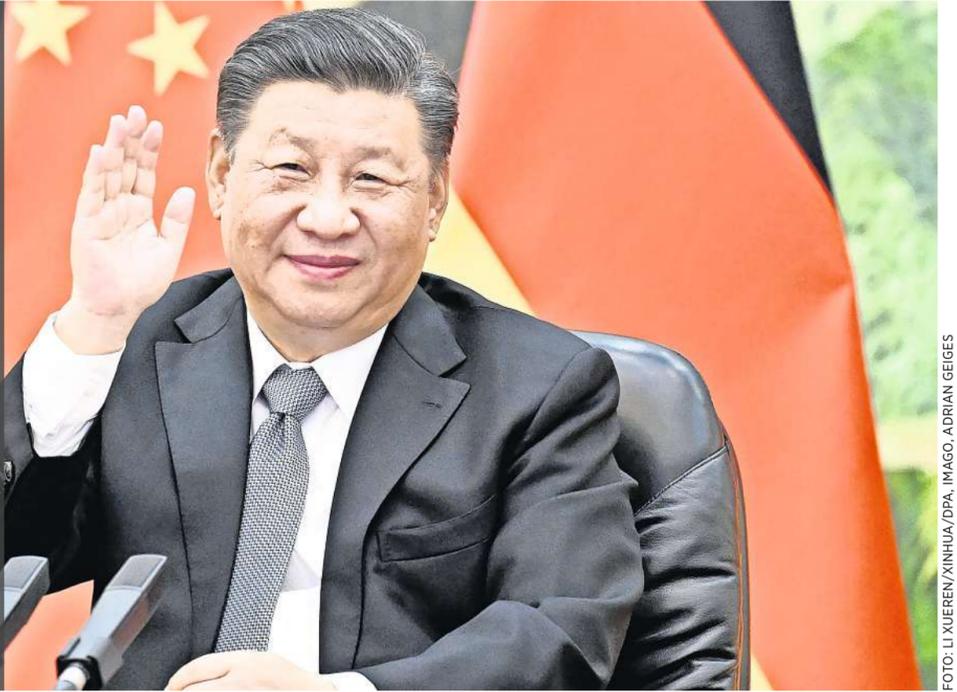


FOTO: LI XUEREN/XINHUA/DPA, IMAGO, ADRIAN GEIGES

Kollektor auf jeden Neubau? Lies will mehr fürs Klima tun

Umweltminister reicht das niedersächsische Klimagesetz von 2020 schon jetzt nicht mehr / „Mehr Quantität und Qualität auch im Nahverkehr“

Von Michael B. Berger

Hannover. Niedersachsens Klimagesetzpläne werden womöglich noch in der 2022 auslaufenden Wahlperiode verschärft. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will ein neues Klimagesetz verwirklichen, das dem Land ehrgeizigere Ziele setzt als bislang. Koalitionspartner CDU zeigt sich geschäftsbereit.

Lies schlägt unter anderem vor, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, vor allem auf dem flachen Land. „Hier brauchen wir eine höhere Qualität und Quantität. Ein Zwei-Stunden-Takt im ländlichen Raum ist kein ernsthaftes Angebot“, sagte der SPD-Politiker der HAZ. Vielmehr müssten neben der Einführung einer Mindesttaktung intelligenter Modelle für On-Demand-Verkehre, Sammeltaxis oder auch Bürgerbusse erprobt und zukünftig schrittweise flächendeckend angeboten werden.

Das Land müsse zudem bei der Förderung von Unternehmen stärker darauf achten, ob Subventionen aktiv zum Klimaschutz beitragen, sagt der Umweltminister. Schärfere Beschränkungen sollte man auch

beim gesetzlich erlaubten Verbrauch von Flächen einführen. Hierzu müsste das Naturschutzgesetz angepasst werden.

Das bisherige, erst im Dezember 2020 verabschiedete Klimagesetz nannte Lies „ambitioniert, aber nicht gerade überambitioniert“. Die Opposition hatte an dem Gesetz heftige Kritik geübt. Es gibt vor, das Niedersachsen bis 2050 „klimaneutral“ sein soll.

Lies betonte, es bestehe schon deshalb Handlungsbedarf, weil das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich eine konkretere Klimagesetzgebung verlange. „Da wollen wir als Land natürlich unseren Teil beitragen. Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt“, sagte der niedersächsische Umweltminister.

Ein Thema sei in der Regierungskoalition mit der CDU in Hannover schon angesprochen worden: die Verpflichtung, auch bei privaten Neubauten Fotovoltaik aufs Dach zu setzen. „Wir müssen natürlich auch als Land mit gutem Beispiel vorangehen und in unsere eigenen Immobilien wie auch in die eigenen Fahr-

„Man muss konkret darstellen, was das kostet.“

Martin Bäumer, CDU-Landtagsfraktion, zu den Plänen des Ministers

zeuge investieren“, sagte der SPD-Politiker. Dies sei angesichts steigender Energie- und Baukosten auch wirtschaftlich geboten. „Wenn wir jetzt nicht forciert investieren, wird es am Ende teurer für das Land.“ Wie viel das Land in den kommenden Jahren investieren müsse, sagt der Minister indes nicht.

Lies will seine Pläne Anfang kommenden Jahres in den Landtag bringen. „Wir müssen sehen, dass wir uns da nicht im kleinsten gemeinsamen Nenner verlieren, sondern einen wirklich großen Schritt nach vorn machen, denn die Zeit drängt.“

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, bezeichnete Lies' Vorhaben als „von den Zeitabläufen her sehr ehrgeizig“. Die Wahlperiode endet in knapp einem Jahr. „Dass wir in allen Bereichen Konkretisierungsbedarf bei der Erreichung der Klimaziele haben, ist unstrittig“, sagte Bäumer. Man müsse nun in einer zweiten Runde aber konkret darstellen, was man vorhabe und was das koste. Das sei noch nicht geschehen. „Dann werden wir uns das anschauen“, sagte Bäumer.

Österreich plant Lockdown für Ungeimpfte

Neuer Kanzler Schallenberg kündigt scharfe Regeln an / Inzidenzen steigen auch in Deutschland

Von Friedemann Kohler

Hannover. In Österreich droht die Regierung allen Menschen, die nicht gegen Corona geimpft sind, mit einem Lockdown. Damit soll die Bereitschaft für die schützende Injektion gesteigert werden. Ab 600 von Covid-Patienten belegten Intensivbetten darf diese Gruppe nach dem neuen Stufenplan der Regierung nicht mehr ohne triftigen Grund auf die Straße. Ab 500 belegten Intensivbetten ist ihr der Besuch von Lokalen, von Kultur- und Sportveranstaltungen sowie die Nutzung von Hotels untersagt. Es gebe noch zu viele „Zögerer und Zauderer“, sagte Kanzler Alexander Schallenberg mit

Blick auf die Impfskeptiker. Die Genesenen sind den Geimpften bis zu sechs Monate nach der Erkrankung gleichgestellt. Die Schwelle von 600 wurde in der Pandemie nach Angaben der Zeitung „Kurier“ bisher zweimal erreicht.

„Wir sind drauf und dran, in eine Pandemie der ungeschützten Ungeimpften hineinzustolpern“, sagte Schallenberg. Einen Lockdown für Geimpfte oder Genesene schloss Schallenberg aus. Er hoffe auf eine Signalwirkung dieser Pläne. Der Stufenplan hat fünf Schwellen. „Wir sind derzeit bei Stufe eins, wir schauen damit sehr weit in die Zukunft“, sagte Gesundheitsminister Wolfgang Mück-



Zu viele „Zögerer und Zauderer“: Österreichs Kanzler Alexander Schallenberg. FOTO: IMAGO

stein. Er hoffe, dass schon die vom 1. November an geltende 3-G-Regel am Arbeitsplatz dazu führe, dass die Durchimpfungs-

rate steige. Viele Beschäftigte müssen in Kürze nachweisen, ob sie geimpft, regelmäßig getestet oder von Covid-19 genesen sind.

In Österreich verschärfte sich die Infektionslage zuletzt – wie auch in Deutschland. Erstmals seit Mai ist die bundesweite Corona-Inzidenz am Wochenende wieder über den Wert von 100 gestiegen. Am Sonntag lag sie bei 106,3. In Niedersachsen lag sie bei 60,7. Angesichts der steigenden Zahlen hat die Debatte um ein Ende der sogenannten „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ an Schärfe gewonnen.

Leitartikel Seite 2
„Deutlich mehr Ausbrüche“ Seite 4

Erdogan droht Botschaftern

Istanbul/Berlin. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der angedrohten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion. Erdogan hatte angekündigt, ihre Botschafter zu unerwünschten Personen zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung.

Hintergrund der Äußerungen Erdogans ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers und Kulturförderers Osman Kavala. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) schon 2019 seine Freilassung angeordnet hatte.

Gerade Deutschland und die Türkei hatten sich eigentlich wieder angenähert, nachdem unter anderem die Inhaftierung deutscher Staatsbürger 2017 zu einem tiefen Zerwürfnis in den Beziehungen geführt hatte.

Kommentar Seite 2
Erdogan riskiert Bruch Seite 4

Hollywood in Trauer um Kamerafrau

Santa Fe. Freunde und Kollegen haben Abschied genommen von der bei Dreharbeiten getöteten Kamerafrau Halyna Hutchins. Rund 200 Menschen entzündeten am Sonnabend bei Sonnenuntergang Kerzen, hielten eine Schweigeminute ein und trugen Gedichte vor. Mehrere Redner erinnerten an die künstlerischen Leistungen der 42-Jährigen, die bei Dreharbeiten im US-Staat New Mexico von Hollywood-Schauspieler Alec Baldwin erschossen wurde. Die Ermittler in New Mexico prüften, ob bei den Arbeiten am Western „Rust“ alle Sicherheitsvorschriften eingehalten wurden.

„Ich bin tieftraurig“ Seite 24